

PRESSEMITTEILUNG

SPD STADTRATSFRAKTION NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Stellungnahme der SPD-Stadträtinnen Katja Strohacker und Gabriele Penzkofer-Röhl zum Equal Pension Day am 4. August 2016:

Seit nunmehr 10 Jahren wird mit dem „Equal Pay Day auf die Lohn- und Gehaltsunterschiede zwischen Frauen und Männern aufmerksam gemacht – noch älter sind die Forderungen nach Entgeltgleichheit – eine Angleichung des Lohnniveaus hat sich dennoch nicht bzw. nur marginal ergeben. Dieser „gender gap“ bei dem Einkommen setzt sich fatalerweise bis in das Alter fort. Aufgrund unterbrochener Erwerbsbiographien und dem Lohngefälle bleibt Armut im Alter nach wie vor weiblich. Laut einer Studie des Bundesfamilienministeriums von 2011 haben Frauen durchschnittlich knapp 60 Prozent weniger Rente als Männer erhalten bei eigen erworbenen Ansprüchen. Auf diese Rentenkluft macht der *Equal Pension Day* am 4. August aufmerksam.

Altersarmut, insbesondere bei Frauen kann nur durch ein faires Einkommen und kontinuierliche Beschäftigungszeiten vorgebeugt werden. Eine wichtige Voraussetzung ist dafür eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, für die wir uns seit langem einsetzen.

Dazu gehören familienfreundliche Arbeitsmodelle und Arbeitszeiten nicht nur für Mütter, sondern ebenso für Väter. Nur über diese Flexibilität und einen entsprechenden Kulturwandel innerhalb der Unternehmen wird es darüber hinaus auch möglich sein, gleichermaßen Frauen und Männer in Führungspositionen zu beschäftigen. Wenn weiterhin Väter bestenfalls drei Monate Elternzeit nehmen und die Frauen es sind, die sich alleine der Familienarbeit widmen und überwiegend in Teilzeit arbeiten, wenn Führen in Teilzeit nach wie vor die Ausnahme bleibt, wird sich die Lohnlücke nie schließen.

Was wir brauchen, ist ein gesetzlich verankertes Gesamtkonzept, um diese Ungerechtigkeiten abzubauen. Dazu gehören neben dem Entgeltgleichheitsgesetz ein wirksames und rechtlich verbindliches Prüfverfahren für Unternehmen, um verdeckte Lohndiskriminierung feststellen zu können. Ebenso erforderlich ist eine grundlegende Reform bei den Minijobs, um sie auf ein Mindestmaß zu reduzieren und sie sozial abzusichern.

Letztendlich muss weiterhin in den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen investiert werden anstatt in das unsägliche Betreuungsgeld. Wir brauchen gleiche Chancen für Frauen und Männer im Berufsleben und gleiche Chancen für Frauen und Männer, sich der Familie widmen zu können ohne beruflich ins Hintertreffen zu geraten.

Nürnberg, 4. August 2016